

Klassenkampf

Kommunistisches Organ

für den Bezirk Halle-Merseburg mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung „Der Rote Stern“

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: kein Satz monatlich 2,20 Mark, nach die Zeit längerer 2,60 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Postamt und Druck: Arbeiter-Kommunistenklub für den Bezirk Halle-Merseburg e. V. Halle, Uferstraße 14.

Herausgeber: Otto Kilian

Verlagspreis: 3 Groschen je H. 4 Millimeter Höhe u. Breite; 35 Groschen je Kettlinie im Text; 100 Millimeter je Kettlinie im Text, 100 Millimeter je Kettlinie im Text, 100 Millimeter je Kettlinie im Text. Postamt und Druck: Arbeiter-Kommunistenklub für den Bezirk Halle-Merseburg e. V. Halle, Uferstraße 14.

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Mittwoch, den 18. März 1925

5. Jahrgang Nr. 51

Märzstürme deutscher Revolution

Welche Lehren geben sie dem Proletariat?

Es ist der Wesenszug des Marxismus, daß er die Vergangenheit durchforscht, um die Verbindungslinien zu finden, die zur Gegenwart führen, die dann entwicklungsgemäß in eine ganz bestimmte Zukunft münden. Diese Betrachtungsweise erlebte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts mit allen den Zeichen, die vergangene revolutionäre Bewegungen dem Proletariat von heute liefern. Aus vergangenen Fehlern sollen wir lernen, damit unsere proletarische Revolution, die jetzt auf der Tagesordnung der Geschichte steht, mit dem geringsten Maß an Opfer, mit der größten Zielsicherheit und mit der höchstmöglichen Garantie für einen kommunistischen Aufbau der Wirtschaft erfolgen kann.

In diesen Tagen läßt sich zum vierhundertsten Male der gewaltige Sturm der in den revolutionären Bauernkriegen über das Deutschland des sechzehnten Jahrhunderts hinwegbraust.

Die deutschen Bauern vor 400 Jahren befanden sich in einer furchtbaren wirtschaftlichen und sozialen Bedrängnis, ohne irgendwelche politischen Rechte, waren sie ganz und gar der Willkür der adligen Grundherren, der mit ihnen verbundenen hohen Geistlichkeit und Bureaucratie ausgeliefert. Am Ende des 15. Jahrhunderts wurden ihnen der Boden, Wald, Weide und Wasser mit Akt und Gewalt entzogen. Aus den „Schützherren“ der verfallenen Markgenossenschaft wurden die 3 in 1 Herren, die die teilhabenden Bauern mit Gesetzen und Exzessen jagten. Die Ärmsten ergriffen die Steuern nicht vom Weile, sondern von den armen Bauern. Die Zahl der Forderungen und Abgaben stieg ins Unermessliche, Forderungen, die nicht mehr zu zahlen waren, als mit dem 16. Jahrhundert, mit dem Emporkommen der modernen bürgerlichen Warenproduktion, die Geldwirtschaft an Stelle der Naturalwirtschaft auch auf dem Lande einzog. Jetzt nahm die Ausbeutung eine nie dagewesene Ausdehnung. Die Bauernschaft wurde förmlich in die Revolution hineingetrieben. Überall entstanden Bauernbünde und geheime Organisationen. Um den „Bundschuh“ und den „Armen Konrad“ sammelten sich die revolutionären Bauern, die entsprechend der damaligen religiösen Einstellung sich auf die Bibel beriefen, als sie erklärten: Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen! Wenn dem Ganzen kein Ende zu werden drohte, die Feste auf dem Namen der „gnädigen Landesherren“ gegen die räuberischen und mörderischen Bauern.“ An der Spitze der zweiten Richtung steht Thomas Münzer, eine der prächtigsten revolutionären Persönlichkeiten der Weltgeschichte. Alles was klein und vornehmlich in diesem ersten großen revolutionären Kampfe in Deutschland war, das verortete sich in diesem Manne. Er ist ohne Zweifel in Deutschland der erste revolutionäre Strategie gewesen, der die Bedeutung der Klassenorganisation und der Ermahnung der revolutionären Massen erkannt hat. Und er ist der erste gewesen, der auch das Bündnis der Arbeiter und Bauern in seiner ungeheuren Bedeutung erkannte, indem er sich als die zuverlässigsten Bundesgenossen der Bauern die manufakturistischen Bergknappen und die thüringischen und sächsischen Webergesellen verhielt.

Zwei Richtungen unterschieden sich sehr scharf innerhalb dieser revolutionären Bauernbewegung. Die eine wird verortet durch den Vertreter Martin Luther, der nur eine „Reformation“ nach dem Willen in dem Namen, wo sie eine Revolution zu werden drohte, die Feste auf dem Namen der „gnädigen Landesherren“ gegen die räuberischen und mörderischen Bauern.“ An der Spitze der zweiten Richtung steht Thomas Münzer, eine der prächtigsten revolutionären Persönlichkeiten der Weltgeschichte. Alles was klein und vornehmlich in diesem ersten großen revolutionären Kampfe in Deutschland war, das verortete sich in diesem Manne. Er ist ohne Zweifel in Deutschland der erste revolutionäre Strategie gewesen, der die Bedeutung der Klassenorganisation und der Ermahnung der revolutionären Massen erkannt hat. Und er ist der erste gewesen, der auch das Bündnis der Arbeiter und Bauern in seiner ungeheuren Bedeutung erkannte, indem er sich als die zuverlässigsten Bundesgenossen der Bauern die manufakturistischen Bergknappen und die thüringischen und sächsischen Webergesellen verhielt.

Und dies, die Klasse Organisation und die allgemeine Bemahnung der revolutionären Klasse, ist auch heute noch das Programm der Revolution. Durch sein noch ist das Bündnis der Arbeiter und Bauern die Grundlage des Sieges des modernen Proletariats. Die rechte Fahne Thomas Münzers mit dem Bild des Regenbogens, die auf den Höhen von Neuenhaujen in das furchtbare Bauernblut getreten wurde, wird nun durch eine revolutionäre Fortsetzung finden in der roten Fahne mit dem Sowjetstern, wenn die deutschen Arbeiter die Lehren begreifen und sie in die Tat umsetzen.

Die Märzstürme des Jahres 1848 haben ihre tiefere Ursache in dem Streben der mächtig aufwärtstretenden bürgerlichen Bourgeoisie des hochentwickelten kapitalistischen Preußentums eine einheitliche deutsche Nation zu schaffen. Der Stolz der Revolution richtete sich also naturgemäß gegen die absolute Monarchie und gegen den Feudalismus. Aber nicht die Bourgeoisie als solche, stand auf den Barrikaden, sondern es waren in erster Reihe Proletarier, darunter kleine Handwerksmeister und Kleinbürgerliche Studenten, die den wirklichen revolutionären Kampf führten. Während die bürgerlichen Demokraten das leichte Gewächsel ihrer hochstehenden Ideen in der Nationalversammlung von Frankfurt vom Stapel ließen, blühten die ersten Proletarier in Deutschland und sammelte die monarchistische Reaktion ihre militärischen Kräfte. Sobald die militärische Einstellung der schwachen revolutionären Gruppen

vollendet war und das Bajonett und der Miststiefel wieder ankampte, verlor sich die demokratische Bourgeoisie in die Panikflucht und gab das Proletariat dem blutigen Terror der Reaktion preis. Das Proletariat, noch nicht kampfbereit, ließ

sich gegen die monarchistische Reaktion und gleichzeitig gegen die liberale Bourgeoisie den Klassenkampf aufnehmen, wurde geschlagen. Ströme von Märztötlingen die deutsche Erde. Die Proletarier hatten die Ehre erhalten, daß sie nicht mehr für ihre Klasse aus einem Bündnis mit der Bourgeoisie, und wenn sie sich noch so radikal und demokratisch gebärdeten, profitieren könnten. Die Proletarier hatten gelernt, den bürgerlichen Demokraten zu misstrauen, sie hatten gelernt, daß schon damals Schwarzrot-Gold ein infamer Arbeiterbetrug gewesen ist.

Was die rechte Bourgeoisie in ihrer Revolution vom Jahre 1848 nicht durchführte, das führte dann Bismarck in seiner Revolution von oben durch, indem er mit Blut und Eisen das deutsche Reich schuf. Die bürgerlichen Revolutionäre von einst, wurden, da sich der Goldregen über sie ergoß, begeisterte Monarchisten.

Ein bedeutender Markstein in der Geschichte der proletarischen Revolution ist daran die Pariser Kommune von 1871. Die Märzstürme von Jahre 1848 werden, gewaltig überbrückt. Zum ersten Mal in der Geschichte handelt das Proletariat als selbständige Klasse im unmittelbaren Kampf um die politische Macht. Die gesamte Bourgeoisie, ob Monarchisten oder Republikaner, ob Deutsche oder Franzosen, versammelte sich, um die Arbeiterrepublik niederzuschlagen. Wie während des Bürgerkrieges ein Regierungsrat unter dem Namen der Feinente angeordnet hat, um freitende deutsche Arbeiter niederzuschlagen, so unterstützte Bismarck den blutigen Thron der Arbeiterrepublik der heldenmütigen Kommunisten. Diesmal triumphierte noch die Gegenrevolution. Leuten wurden ermordet. Leuten gingen in die Kerker. So blühte und so glänzte die Frage der Bourgeoisie, welche, daß die französische Arbeiterbewegung am Jahrestage zurückgeworfen wurde.

Aber dennoch hat das Beispiel der Kommune für das gesamte Proletariat, ungeachtet aller Entwürfe, eine große Bedeutung. Das kommunistische Prinzip hat sich in der Tat angereichert für das deutsche Proletariat, jenes Vermächtnis, das Marx und Engels formuliert und Lenin in die Tat umgesetzt hat: Das Proletariat wird niemals den kapitalistischen Staatsapparat als einmütigen, reformistischen Wege erschaffen, es wird niemals als einmütig in die Welt kommen in diesen Staatapparat zur Unterwerfung der kapitalistischen Ausbeutung. Das Proletariat kann niemals bloß den Staatsapparat übernehmen, sondern muß ihn zerstören, um dem Weihen Terror seinen entmenschen und künftigen roten Terror entgegen zu können. Auf dem Wege über die Diktatur des Proletariats allein können die Klassengegnnisse befeitigt und erst dadurch die Bahn frei gemacht werden, für die klassenlose Gesellschaft des Kommunismus.

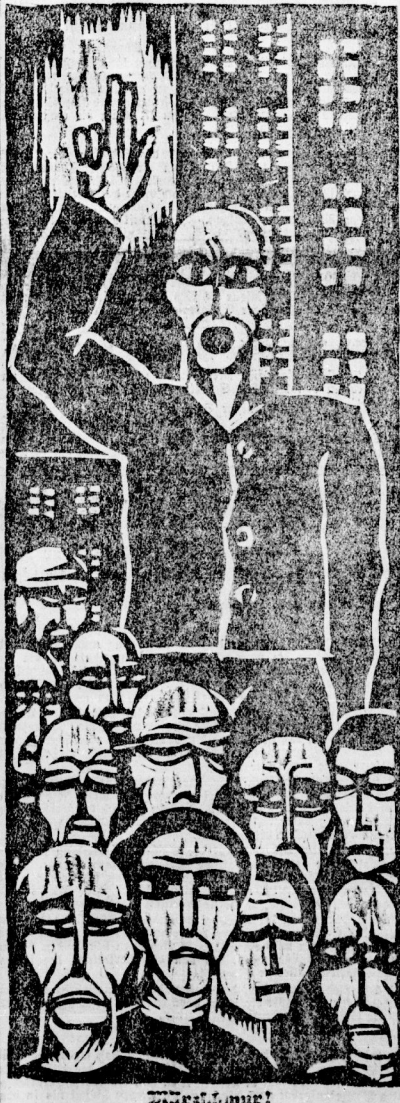
Die November-Revolution vom Jahre 1918 erlebte nicht einmal die revolutionäre Höhe der Pariser Kommune. Sie war allenfalls ein Nachspiel zu der reifen Revolution vom Jahre 1848. Was die fortschrittlichsten bürgerlichen Demokraten damals erträumt haben, die Republik, das wurde jetzt erst Wirklichkeit, aber in einer unzulänglichen Form, daß selbst die alten Demokraten von 1848, etwa ein Jablon, vor dieser Speigeltat auslachen würden.

Unzulängliche Einseitigkeiten innerhalb der deutschen Republik sind geblieben. Sozialdemokratische Begünstigung für Schwarzrotgold reicht nicht einmal aus um die wirklich einheitliche große deutsche Republik zu erkämpfen. Dafür aber wurden alle jene Proletarier, die über diese bürgerliche Republik hinaus zur proletarischen Revolution vorstießen wollten, von dem Generalstab der Konterrevolution, dem Sozialdemokratischen Parteiparlament, das ihre Gefährdung stützenden Kapitalistenklasse niedergeworfen.

Ein blutiger März nach dem anderen wurde in das große Buch der Arbeitergeschichte geschrieben. März 1919 wurde, nachdem bereits im Januar 1919 Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg den Schergen zum Opfer gefallen waren, der erste große deutsche Generalkrieg für die Arbeiter, für die Sozialisierung im Kinde erfüllt.

Ein Jahr darauf, im April/Mai, war es bereits soweit, daß die offene Konterrevolution glaubte, die sozialdemokratische Wirtape sollte sich lösen zu können. Proletarier waren es, die die reife sozialdemokratische Kräfte die Ministerstühle zurückverboten mit dem Erfolg, daß ein Ober durch Ausschlag der Arbeiter in die Kapellen, sondern die Arbeiter-Subjekte in Kämpfe der Selbsterhaltung der schwarzrotgoldenen Republik einzuweisen ließ.

Die Lehre all dessen ist, daß die Sozialdemokratie längst ein Teil des kapitalistischen Terrorapparates gegen das revolutionäre Proletariat geworden ist. Die Panikflucht ist die — und vor allem jeder sozialdemokratische Arbeiter sollte sie nicht werden —, daß nicht einmal die republikanische



Morgen Generalstreik und Demonstration! (Aufmarschplan auf Seite 7)

Eine Erklärung Thälmanns zum Blutbad

Folgende Erklärung ging uns, selber verfasst, zu:

1. Die Meldung eines großen Teils der bürgerlichen Presse über den Mord in Halle ist falsch und erlogen.
2. Die Polizei hat die Prozeduren vorbereitet. Schon vor den Verhaftungen, an denen 8 bis 10000 Personen teilnahmen, war ein verärgertes Schimpfgebälde aufmarschiert.
3. Die Verhaftungsleitung war über das Sprechevort für ausübliche Heber von keiner Inkonsistenz informiert worden.
4. Der Polizeileutnant Niehler hat keine Einwendungen gegen die Heber erhoben. Er hat als ein Genosse das Wort zur Überzeugung erhebt, schloß der Mord in Halle nicht falsch und erlogen.
5. Infolge der Erregung, in welche die Verhaftung durch das provokatorische Auftreten des Polizeileutnants geriet, und infolge des entzündeten Harns war es dem Verhaftungsleiter und den Anwesenden unmöglich, die Worte zu verstehen.
6. Trotzdem gelang es der Verhaftungsleitung, für kurze Momente die Teilnehmer zu beruhigen. Der Verhaftungsleiter wandte sich an den Leutnant mit dem Ersuchen, seine Wünsche mitzuteilen, was aber ohne Erfolg blieb.
7. Um die Gemüter der Teilnehmer zu beruhigen, wurde die Verhaftung in der Weise durchgeführt, daß die Teilnehmer auf die weitere Überleitung der Heber von ausländischen Genossen und erteilt dem Polizeileutnant das Wort.
8. Der Polizeileutnant verlangte trotzdem die sofortige Räumung des Saales.
9. Da bei der Überleitung der Verhaftung das Herausgehen der Massen sehr langsam vor sich ging, verlangte Niehler schärferes Vorgehen von der Schupo.
10. Unmittelbar darauf, schon nach wenigen Sekunden, kam der Beschluß zum Feuern.
11. Mündlings wurde in die zusammengebrängte Masse mit Revolvern und Mägenepistolen geschossen.
12. Schon während sich einige Frauen und Männer in ihrem Blut, der Teilnehmer bemängelte sich eine unabsichtliche Verletzung. Darauf wurde der Feuerbeschluß in kurz hintereinander folgenden Absätzen noch zweimal wiederholt, wobei wiederum neue Tote und Verwundete zu verzeichnen waren.
13. Das unerbittliche Vorgehen der Schupo hatte eine unabsichtliche Panik zur Folge. Die auf den Galerien Verammelten stürzten nun Abgang, dabei brach das Treppengeländer, was neue Opfer kostete.
14. Unmittelbar nach den oben geschilderten Vorgängen sprach Unterscheidler in einer Parabelverfälschung. Mitten in seiner Rede ergriff der Leutnant und forderte die Räumung. Hier gelang es ihm nicht, ein zweites Blutbad anzurichten.
15. Die Richtigkeit dieser meiner Angaben kann von der Masse der Teilnehmer — mit Ausnahme der anwesenden Polizei, die sich aus allen politischen Kreisen zusammenlesen — bestätigt werden.

Breslau, 15. März. gez. Ernst Thälmann.

Proteststreik und Demonstration am Beerdigungstage

Beschlüsse der Metallarbeiter, Zimmerer und des Ortsrats

Am gestrigen Tage fand in Halle eine äußerst gut besuchte Mitgliederversammlung der DMB, hat, um erneut zur Einleitung eines gewaltigen Streiks zu rufen. Die Sozialdemokraten hatten in einem Rundschreiben den Genossen überliefert, der als Kandidat für diesen Posten in Frage kam, durch den DMB geschickt, so daß die Arbeiter gezwungen war, diesen Streikplan entgegenzusetzen. In einer längeren glänzenden Rede wies er die Anführer der DMB an, sich nicht zu erweichen und anzuhalten, die von den reformistischen Gewerkschaftsvereinen seit Jahren betriebene Gewerkschaftspolitik, die Schuld daran ist, daß die Arbeiter heute nicht nur einen durchaus ungenügenden Lohn, sondern gleichzeitig eine 10- und 12stündige Arbeitszeit haben.

Die Sozialdemokraten ließen sich diesmal wieder erklären, daß sie in gewissermaßen komischen Gegen einer Einleitung eines Streikplaners wären. Bei der später vorgenommenen Abstimmung stimmten von der circa 800 Mann stark besetzten Versammlung ungefähr 20 Mann gegen die Einleitung eines Streikplaners. Alle übrigen Versammlungsteilnehmer waren dafür. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Stelle noch einmal auszufüllen.

Unter Verhandlungsgegenstand lag der 1. Beschlüß, die Arbeiter, bekannt, daß am 21. März das Lohn- und Arbeitszeitabkommen abläuft und am 23. März die ersten Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß stattfinden.

Die Kommunisten schloßen sich an das Wort des Wortes im „Vollparlament“ nachstehenden Antrag, der von einem einzigen Stimmenthaltenden bei der Sozialdemokraten, einstimmig angenommen wurde.

Am gestrigen Tage fand in Halle eine äußerst gut besuchte Mitgliederversammlung der DMB, hat, um erneut zur Einleitung eines gewaltigen Streiks zu rufen. Die Sozialdemokraten hatten in einem Rundschreiben den Genossen überliefert, der als Kandidat für diesen Posten in Frage kam, durch den DMB geschickt, so daß die Arbeiter gezwungen war, diesen Streikplan entgegenzusetzen. In einer längeren glänzenden Rede wies er die Anführer der DMB an, sich nicht zu erweichen und anzuhalten, die von den reformistischen Gewerkschaftsvereinen seit Jahren betriebene Gewerkschaftspolitik, die Schuld daran ist, daß die Arbeiter heute nicht nur einen durchaus ungenügenden Lohn, sondern gleichzeitig eine 10- und 12stündige Arbeitszeit haben.

Die am heutigen Tage stattfindende Mitgliederversammlung des Zentralverbandes der Zimmerer, Juchstille, Halle, verurteilt als das allerhöchste die grauenhaften Verbrechen, die von der Schupo am 13. März im „Vollparlament“, aus Anlaß einer kommunistischen Mitgliederversammlung, begangen wurden. Genosse Niehler bezieht die Verurteilung der Polizei des sozialdemokratischen „Vollparlament“, das in unerbittlicher, schamloser Weise gegen die Arbeiter Stellung genommen hat. Die Mitgliederversammlung schloß sich dem Beschluß der Betriebsratversammlung an und fordert gleichzeitig alle Arbeiter auf am Tage der Beerdigung durch wägige Mitarbeiter zu demonstrieren und sich bis auf den letzten Mann an der Beerdigung zu beteiligen.

Der Ortsausschuß Halle für Arbeitsruhe

In der gestern stattgefundenen Sitzung wurde folgender Antrag beschlossen:

Gewerkschaftslegionen und -kolonnen

Wieder einmal hat die Märzmonat Blut gefordert. Wieder einmal hat die Angst die Arbeiter in die Hände der Polizei gedrückt. Wieder einmal steht die halbtägige Arbeitsruhe in tiefer Trauer an der Bahre der Opfer, die hat zu tieferer Verarmung in den Tod geführt wurden.

Die Menge um die Toten, wird jedoch laut von der Anklage gegen die Schuldigen überdacht, die zur Verantwortung gezogen werden müssen, gleich an welcher Stelle sie zu liegen bestanden. Wir fordern Genossenschaft für das gestrige Verbrechen, für die Wunden und den Schmerz unserer Arbeitsbrüder. Wir mahnen jedoch zugleich die organisierte Arbeiterkraft zu zühender Wachsamkeit für die Zukunft. Wir fordern von der Gewerkschaftslegionen, Zusammenfassung in der Kampforganisation, Truppe organisierter Genossen, bis in ihren Organisationsformen mit eigener Disziplin, außerdem mit jener Gewerkschaftlichkeit und jenem Verantwortungsgefühl geführt werden, ohne die die Wälle der Kämpfer ins Verderben getrieben werden.

Die Opfer des Blut-Freitags sollen am kommenden Donnerstag nachmittags 1/2 Uhr, auf dem Gertrundenhof der Erde übergeben werden.

Wir fordern die organisierte Arbeiterkraft auf, gegen die in unseren Arbeitsbrüder bezogene Brutalität, zu protestieren und den Toten das letzte Geleit zu geben.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsausschuß, Ortsausschuß Halle a. d. S.

Entscheidung

Die am 17. März stattfindende Mitgliederversammlung nimmt mit Entzweiung von den Wortleitern der Schupo im „Vollparlament“ Kenntnis und spricht sowohl der Schupo als auch dem indirekt daraus resultierenden sozialdemokratischen Parteipräsidenten Range die höchste Verurteilung aus.

Die Mitgliederversammlung stellt fest, daß die Schupo wieder an erster Stelle über bürgerlichen und sozialdemokratischen Wähler steht und damit die Schandtat der Schupo begeht.

Die Mitgliederversammlung, mochte die Forderungen der halbtägigen Arbeitsruhe zu den strengen und beschließt, daß alle Metallarbeiter am Donnerstag, am Tage der Beerdigung der Ermordeten, die Arbeit für den ganzen Tag ruhen lassen und sich rechts an der Beerdigung der Opfer beteiligen.

Als unser Genosse diesen Antrag begründete, wurden von den paar anwesenden Sozialdemokraten die schärfsten Zwischenrufe gemacht. Das Betriebsratmitglied Hermann Wirth von der Firma „Berthold“ rief: „Solchen Anträgen machen wir nicht mit.“

Die Versammlung war mit Recht darüber sehr empört. Die Sozialdemokraten geben eine Erklärung ab, in der sie offensichtlich auf Befehl des „Vollparlament“ die Tat der Schupo „verurteilen“, aber gleichzeitig die „Rechtschaffenheit“ der Kommunisten feststellen.

Beschluß der Verwaltung des DMB

Die Ortsverwaltung der Juchstille Halle des DMB, nimmt zu dem am Freitag, dem 13. März, unter der Arbeiterkraft angelegten

Gewaltige KPD-Demonstrationen im Westen

Gegen den Mord in Halle — für den Arbeiterkandidaten Thälmann

Am Sonntag fanden in verschiedenen Orten des Bezirks Niederhessen gewaltige Demonstrationen statt. In Veranlassungen und im Aufmarsch auf der Straße brachten die Arbeitermassen zum Ausdruck, daß sie genügt sind, entscheidend den Kampf gegen das Hunger- und Blutsgericht der Kautz-Regierung und ihrer sozialdemokratischen und zentralistischen Kollaborateure zu führen. Die Arbeiterkraft schloß den Mord in Halle nach. Die Arbeiter werden sich zu Kampf und Abrechnung bekennen, indem sie am 29. März ihre Stimmen abgeben für den proletarischen Kandidaten Thälmann.

In Gersheim bildeten die Arbeiter und Arbeiterinnen am „Vollparlament“ einen gewaltigen Demonstrationstrupp, der sich durch die Hauptstraßen bewegte. Im Schluß marschierte der uniformierte Jungarmy.

In Hildesheim wurde von den im „Vollparlament“ Besessenen eine Entscheidung einstimmig angenommen, die sich mit Entzweiung gegen Autler und Seering wendet und sich hinter die halbtägigen Forderungen stellt.

In Weibert marschierten die Arbeiter zu den Gräbern der gefallenen Kämpfer. Auch der Kämpfer wurde zu einer wichtigen Demonstration in der Halle und für Ernst Thälmann.

In Gersheim fand am Sonntag in überfüllter Saale eine Gedächtnisfeier für alle gefallenen Kämpfer statt. Dann erfolgte ein Demonstrationsmarsch zu den Gräbern und truppweise zurück durch die Stadt.

Die gestrigen Demonstrationen der Kommunistischen Partei in Hildesheim, Hildesheim und Gersheim wurden zu

machtvollen Kundgebungen gegen die Mörder der Arbeiter von Halle. Die Erregung der Arbeiterkraft war sehr groß. In Hildesheim hatten die Arbeiter eine einstimmige Beschlusse der Beerdigung der Arbeiterkraft war in allen Orten sehr stark.

In einer Mitgliederversammlung der KPD wurde ebenfalls eine scharfe Protestresolution gegen die Arbeitermörder von Halle angenommen.

In einer Gewerkschaftsversammlung in Siedelitz sollte die Bekanntheit des Arbeitermordes in Halle ungeheurer Erregung aus. Die Beschlüsse der Versammlung wurden einstimmig angenommen. Protestresolution ihrer Entrüstung.

In Hildesheim fand eine Demonstration gegen den Arbeitermord in Halle statt an der sich über 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligten. Eine Protestentscheidung gegen den halbtägigen Arbeitermord und für die halbtägigen Forderungen fand einstimmige Annahme.

In Upladen beteiligten sich über 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen. Es wurde eine Resolution in dem gleichen Sinne angenommen.

In Wermsdorf war eine Demonstration polizeilich verboten. Die Versammlung wurde eine Protestresolution einstimmig angenommen.

Telegramm

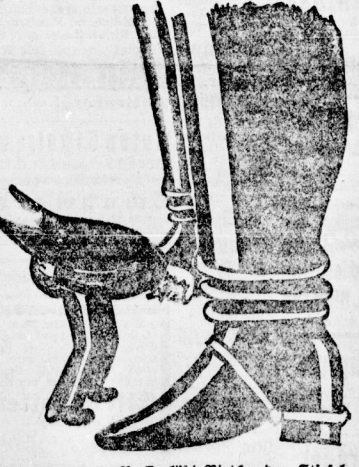
Auf Markt verarmtes Proletariat Föhne des gefocht angeht der Brutalität, die von Ebergen der Sozialdemokraten Seering und Höring am halbtägigen Proletariat verübt wurde, nicht ruhen und rufen zu wollen, bis die uns teuren Toten gerächt sind. Trotz alledem, es lebe der Kampf des Proletariats. J. A. Kaller.

Das Beerdige Wert — gewissermaßen eine Weltgeschichte vom sozialistischen Standpunkte aus — demgemäß in geschichtlicher Gliederung in ersten und zweiten Teil. Der erste Teil ist der erste Teil, während die drei letzten Teile dem Sozialismus der Zukunft (vom 14. Jahrhundert an) gewidmet sind. Wenn auch nicht alle Abschnitte in gleicher Weise aus den Quellen erarbeitet sind, so enthalten wichtige Epochen alle durch die Bildung des überkommenen Materials in ganz neuem Licht und überdies hat Beer auch eingehende Originalstudien in sich auch verarbeitet.

Am wenigsten befriedigt die Darstellung der Arbeit und des Streikens. Die Entstehung des Privatigentums und vor allem die klassenbestimmende Wirkung bestimmter Arten des Sondereigentums hätten flarer beleuchtet werden müssen (zum Beispiel S. 14 f. u. S. 35). Kriegerische Jordenverhältnisse gehen der gegenwärtigen Klassifikation im Innern voraus. Es ist allerdings ein Umstand der Feststellung, wenn Beer von der Gegenwart (S. 17): „anfangs waren es einige Volksgenossen, die zu Elfen gemacht wurden, dann sind es Arbeitergegnern.“ In der Vermutung der Überlieferung des Mittelalters wird von Beer noch zu wenig zwischen Gegenwart und geschichtlichen Tatsachen unterschieden (siehe die Besprechung des Buches (S. 40) über Christus (S. 10) und andere). Die Frage der Volksgenossen ist ja immer gestellt: im „Vollparlament“ auf soziale Bewegungen sich die die in den Selbsttaten und Tugenden überausstehender Persönlichkeiten zu „veranschaulichen“. Der Sozialistiker hat da gerade die höchste denkbare Aufgabe, solche Persönlichkeiten aufzuzeigen als „Diktator“ in ihrer soziale Umwälzung.

Am wenigstens wird Beer der Nationalen Sozialist gerecht. Er charakterisiert die „Politik“ keine utopische (S. 132). Der Flato hat mit seinem „Deutscher“ noch feineren den Spiegel vorhalten wollen. Es ist kein Zufall, daß noch im Mittelalter immer wieder kommunistische Dichter und Denker bewußt an Platos „Politik“ anknüpfen (Man denke an Campanella, Moreus, Winckler und andere). Unverkennbar sind auch in diesem ersten Teil Beer'scher Darstellung die Parallelen mit großer Klarheit und trefflicher Bild der Marxisten vorsetzt, so zum Beispiel die Proletenbewegung im alten Rom, die Lehmanns des Caillois und besonders die des Spartacus.

(Fortsetzung folgt.)



Die bürgerliche Presse führt Niehler den Stiefel

M. Beer: „Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe“

Von Hermann Duncker (Berlin).

Eine Geschichte des Sozialismus** ist in der modernen Arbeiterbewegung schon seit langem als ein dringendes Bedürfnis empfunden worden. Freilich zeigte es sich gar bald als ein Unannehmliches, das großer Vorwitz, das heißt in einer Linie der Möglichkeit einer längeren ruhigen wissenschaftlichen Arbeit bedürftig. Wenn schon bürgerliche Schriftsteller in ihrer höchsten Geistesleistung nicht dazu gelangt sind, ein solches Werk zu vollenden, wie sollte es aus den Händen einer kämpfenden Partei entstehen können? So hatte die damals noch revolutionäre SPD Anfang der neunziger Jahre wohl einen großen Anstoß zur Herausgabe einer umfangreichen Geschichte des Sozialismus gemacht. Es sollte eine Kollektivarbeit der besten Marxisten der Internationale werden. Mehrmann, Bazaras, Kautsky, Mehring, Bernstein und andere waren dafür genommen worden. Aber das Werk ist ein — immerhin wertvoller — Torko geblieben. Kautsky's „Kritik des Sozialismus“ und Mehring's „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie“ sind bereits daraus hervorgegangen.

Es liegen auch sonst noch historische Monographien — sehr ungleich in der Auslieferung — über Personen, besondere Ereignisse und Bewegungen aus der Geschichte des Sozialismus im deutschsprachigen Schrifttum (das wir hier allein vor Augen haben) vor. Aber immer fehlte eine zusammenfassende Geschichte des Sozialismus, die sich als Aufgabe stellte, die ganze Entwicklung der sozialistischen Gedankenwelt und der entsprechenden sozialrevolutionären Bewegungen darzustellen.

M. Beer, „Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe“, Verlag für Sozialwissenschaft, Berlin 1925.

Der Kommunismus. Beide Worte werden bis gleich behandelt.

Georg Meier's „Geschichte des Sozialismus“ ist nie über den ersten Teil hinausgegangen. Auch von der „Geschichte des Sozialismus von Engels“ dürfte es nur ein erster Band erschienen sein.

wegung durch die Geschichte der Menschheit hindurch zu verfolgen. Da ist nun in überaus fleißiger und gemeinsamer Arbeit in den Jahren 1920 bis 1923 ein Werk entstanden, das viele entscheidende Punkte aus dem Stoffgebiet der Geschichte des Sozialismus besetzte marxistische Schriftsteller M. Beer hat im „Verlag für Sozialwissenschaft“ (Berlin) eine „Allgemeine Geschichte des Sozialismus und der sozialen Kämpfe“ in fünf Bänden veröffentlicht. 1924 sind bereits zwei Teile zu einem Band (von 500 Seiten) zusammengefaßt worden.

Dieses Werk, das wir unseren Genossen mit gutem Willen empfehlen können, bereitet übrigens schon in der Form seines Gedankens eine Überleitung. Er ist zwar es verwunderlich, daß ausgerechnet der „Verlag für Sozialwissenschaft“ die Herausgabe dieses Werkes übernommen hat, denn es handelt sich um ein Werk, das bei den sozialdemokratischen Züchtlungsmandatären, deren seine Veröffentlichungen sonst durchweg einen so ernst gemeintes und wissenschaftlich beachtbares Werk herausbrachte. Aber noch viel unkonventioneller war, daß dieser gewinnlose Verlag hinter dem Namen und unter der entzweierte kommunistischer Sozialdemokraten standen und keinen — ein halbsozialistischer sozialdemokratischer Parteiverlag! — in dem Besonderen auch mit einer gegebenen verändernden kommunistischer Kritik der SPD, und der 2. Internationale autorisiert.

Wir müssen nicht, als Paradoxien in Schwannenscher oder ähnlicher Weise die Herren Verlagsdirektoren und mit ihnen die ganze Parzellierung der SPD, zu beneideten haben, daß ihnen überhaupt nicht zum Bewußtsein kam, was für ein kollektivistisches Fundament da in der Welt die philologischen Fächer gelegt worden war. Dem Genossen Beer verzeihen wir ob dieser Dinge, daß er mit einer offenen Erklärung des Sozialismus und die 2. Internationale nationale so lange noch gerettet hat! Übertragen kann es auch sein, daß der mit allen Wägern gemessene Verlag in der ganzen Korruptionsamplitude der SPD, die sich erstreckte lagte: „Es ist nicht die SPD, die sich bringt uns was ein. Was es also immerhin unter politischen Einheiten umfassen, das ist nicht die SPD, die sich bringt uns was ein. Was es also immerhin unter politischen Einheiten umfassen, das ist nicht die SPD, die sich bringt uns was ein.“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt



Strafanzeige gegen Bieker, Schulze, Runge und Genossen

An die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Halle

Die unterzeichneten Reichs- und Landtagsabgeordneten von Halle-Merseburg reichen hiermit als Vertreter der mitteldeutschen Arbeiterklasse Strafanzeige ein gegen:

1. den Oberleutnant der Schutzpolizei Bieker, Halle, Yorstraße 2, wegen

Mord (§ 211 StGB.)

Vorläufiger Körperverletzung mit tödlichem Ausgang (§ 226 StGB.)

Schwerer Körperverletzung (§ 223a StGB.)

Anstiftung zum Totschlag (§ 212 StGB. in Verbindung mit § 49 StGB.)

Schwerer Körperverletzung bei Ausübung des Amtes (§ 340 Nr. 2 StGB.)

2. den Schutzpolizeibeamten Willi Schulze und weitere dem Namen nach nicht bekannte Schutzpolizeibeamten und sonstige Polizeigewalt wegen derselben Vergehen.

3. den Polizeipräsidenten Runge wegen Anstiftung zu den genannten Verbrechen (§ 49 des StGB.) und Begünstigung der Täter (§ 257 StGB.).

Begründung

Am Freitag, dem 13. März, fand eine von der Kommunistischen Partei einberufene Massenversammlung im „Volksparke“, Halle, Burgstraße 27, statt. Der kommunistische Kandidat zur Reichspräsidentenwahl, Transportarbeiter Ernst Thälmann, Hamburg, sollte über die bevorstehende Reichspräsidentenwahl sprechen. Außerdem waren kurze Ansprachen je eines englischen und französischen Vertreters vorgesehen.

Der von der Polizeibehörde gegen das Auftreten der beiden besagten Redner einen Besatzungstrupp der örtlichen Parteileitung der KPD, übermittelte Einwand, daß auf Grund einer Bestimmung des Jahres 1920 ausständigen Rednern das öffentliche Auftreten in dieser Weise nicht gestattet sei, konnte von der Parteileitung als der veranlassenden Säuberung nicht angesehen werden, da die politische Eröffnung rechtlich unbedenklich, also redenswürdig war. Das deutsche Reichs- und Verbandsrecht kennt keine Unterscheidung zwischen In- und Ausländern. Eine besondere ministerielle Verfügung, welche solche Ausnahmen anordnet, besteht ebenfalls nicht. Irrendweise besondere Veranlassung aus Gründen der öffentlichen Sicherheit lag ebenfalls nicht vor, da gegen das Sprechen von ausländischen Kommunisten in dieser Versammlung keine Stellung der Presse vorlag, insbesondere war in der Presse in keiner Weise von rechtsradikaler Seite auf diese Versammlung hingewiesen worden, so daß Zwischenfälle nicht befürchtet werden mußten. Es ist aus der Versammlung selbst zu keiner Gegen-demonstration gekommen. Dies ist auch besonders von dem Geschäftsführer des „Volksparke“, dem sozialdemokratischen Stadtrat Herrn Koch, betont worden. Er hat sich wirklich dahin geäußert: „Ich hatte mich durch wiederholtes Besuchen der Versammlung davon überzeugt, daß

Die Versammlung in seltener Ruhe und völliger

Ordnung

verfloss.“

Die Parteileitung konnte daher nur annehmen, daß es sich hier um einen Eingriff einer untergeordneten Persönlichkeit handeln konnte, insbesondere, weil der Parteileitung bekannt war, daß bei der bekannten politischen Rundgebung in Potsdam der Professor Viktor Balz, Paris, nicht nur mit nationaler Bewunderung, sondern unter dem besonderen Schutz des Ministers Beratung gegen den Willen von Teilen der Bevölkerung sprechen konnte, und weiterhin, daß auch in Halle während der Wahlkampagne zur Reichstagswahl in einer kommunistischen Wählerversammlung Vertreter der Schweizer und der französischen kommunistischen Partei unbehelligt sprechen konnten.

Ferner kam hinzu, daß die beiden Ausländer sich im Besitz einer Einreiseerlaubnis der deutschen Behörden befanden. Es mußte daher angenommen werden, daß die deutschen Behörden von vornherein mit einem Auftreten dieser Genossen in öffentlichen Versammlungen rechnen mußten. Die Einreiseerlaubnis ist auch nicht davon abhängig gemacht worden, daß sie sich verpflichtet, keine politischen Versammlungen abzuhalten. Tatsächlich haben die beiden Redner in verschiedenen anderen Orten, von der Polizei unbehelligt, sprechen dürfen. Auch in Halle hat das die Versammlung überwachende Schutzpolizeikommando die Reden der ausländischen Vertreter nicht unterbrochen, also geduldet.

Diese sachhaltigen Argumente veranlaßten die Parteileitung,

dieser offensichtlich geschehriden Anordnung keine Beachtung zu schenken

Es ergab sich daraus auch ohne weiteres, daß für die Parteileitung keine Notwendigkeit bestand, die Versammlungsleitung und die Teilnehmer von dem Verbot in Kenntnis zu setzen, wie dies von der bürgerlichen Presse und nach dem offiziellen Bericht verlangt wurde.

Es ist wenn diese Rechtsauffassung nicht richtig sein sollte, so ist das juristisch ganz gleichgültig, weil dadurch auf keinen Fall des nachfolgenden Vorgehens der Schutzpolizei unter Führung des Oberleutnants Bieker gerechtfertigt wäre.

Der Befehlshaber der Schutzpolizei hat von vornherein, ohne die Wünsche der Parteileitung zu kennen, sich

auf ein Blutbad unter den Versammlungs-

teilnehmern eingestellt.

Oberleutnant Bieker hat, trotzdem, wie schon dargelegt, irgendetwelche Sicherheitsmaßnahmen nicht erforderlich waren, mehrere Ueberfallkommandos im „Volksparke“ und Umgebung konzentriert. Trotzdem ihm nicht die Wünsche der Parteileitung bekannt waren, hat er schon von vornherein ein Blutbad in der Versammlung beabsichtigt. Er hat u. a. vor Be-

ginn der Versammlung, wie unter Zeugenbeweis gestellt wird, geäußert,

es würde heute „noch was geben“, es würde heute „noch zischen“, es würde „heute noch Blut fließen“.

Oberleutnant Bieker hat schon mehrfach seine provokatorische Polizeiwirkung bewiesen, so im Falle des jugendlichen Gustav Doll und Genossen, ferner im Fall Hüpfel. Es wird hierfür auf die Gerichtsakten in diesem Fall Bezug genommen. Merkwürdigerweise hat noch die Schriftleiterin des „Klassenkampf“, Marianne Gundermann, am Tage vor der Versammlung im „Volksparke“, im Gerichtssaal den Vorhingen Landgerichtsdirektor Tromp darauf hingewiesen, daß der Oberleutnant Bieker immer ein provokatorisches Benehmen an den Tag gelegt, wozon sie selbst schon häufig sich überzeugt hätte. Erst als ein deutscher Dolmetscher die fremdsprachigen Reden zu überlegen begann, rüffte der Oberleutnant Bieker ein. Er stellte sich auf einen Tisch und richtete einige Worte an die Versammlung, die in der einsetzenden unvernünftigen Unruhe bei fast allen Teilnehmern und bei der Versammlungsleitung unverständlich blieben. Der Versammlungsleiter stellte durch ein Trompetensignal eines Spielmannes des Roten Frontkämpfer-Bundes unmittelbar darauf die Ruhe wieder her. Nunmehr forderte der Versammlungsleiter den Oberleutnant Bieker auf, zum Vortrastsitz zu kommen und seine Anordnungen zum Wirtelsteigen zu wiederholen, da er nicht verstanden worden sei. Bieker blieb trostlos auf seinem Tisch stehen, lehnte durch Kopfschütteln die Aufforderung des Versammlungsleiters ab und brachte durch sein zynisches Lachen die anwesenden Massen in begriffliche Aufregung. In der so provozierten Unruhe sprach Bieker noch ein paar Worte, die aber unverständlich verstanden werden konnten. Da der Ueberleutnant mit seiner schwachen Stimme in der allgemeinen Unruhe nicht durchdringen konnte, entzog ihm der Versammlungsleiter das Wort und

gab das Wort dem Präsidiumsmitglied

Thälmann.

Der Versammlungsleiter glaubte, mit Hilfe der Autokrat Thälmanns, die unter der Anleitung anwesenden Arbeiterklasse zweifellos bestand, die Versammlung in Ruhe und Ordnung weiter zu führen und den eigentlichen Zweck der Versammlung trotz der Störungen durch die anwesende Schutzpolizei doch noch erreichen zu können.

Während Thälmann zu sprechen begann, trat der Versammlungsleiter mit Bieker in Verbindung, der nunmehr auf die Bühne getreten war und sich ansah, dieselbe zu räumen. Der Versammlungsleiter hat den Bieker, seine Leute zurück-zuziehen, damit die Erregung sich nicht bis zur Stechhöhe heigere.

Er übernehme für den Fall der Zurückziehung der Schutzpolizei die Garantie für ruhige Auf-

lösung der Versammlung.

Hier sagte Bieker mit dem ihm eigenen provokatorischen

Methoden ein: Er erklärte dem Versammlungsleiter:

„Die Mannschaften werden nicht zurückgezogen,

ihren Sie sich juristisch, oder ich schicke Sie über

den Haufen!“

Am diese Zeit hatten bereits etwa ein Viertel der Versammlungssteilnehmer den Saal geräumt. Die Polizeibeamten hatten bisher lediglich von ihrem Gummitüppel Gebrauch gemacht. Der Präsidiumsmitglied Thälmann hatte seine Rede abgebrochen. Die Versammlung leerte sich weiter. Es herrschte noch eine verhältnismäßige Ordnung.

Bieker und einige Beamte hatten jedoch schon den Revolver gezogen. Durch das Heranzugeln mit der Schusswaffe von Seiten der Polizeimannschaft wurde unter den Versammelten eine ungeheure Panik verursacht.

Wichtig ist jedoch der Schutzpolizeiwachmeister

Willi Schulze ohne jede Veranlassung in die

stehenden Versammlungsteilnehmer.

Er wurde von zahlreichen Personen, die für diese Aussage mit dem Eid einzutreten gemüß sind, an seiner großen Formbreite erkannt. Es ist auch ganz charakteristisch, daß sich Bieker gerade des Polizeibeamten Schulze bedient hat, der aus der Wächterische Art als brutaler Provokateur schon bekannt ist.

Unmittelbar nach Schulze gab Bieker in der

Richtung nach der Tribüne einen Schuß ab.

Durch den Schuß von Bieker wurde ein Versammlungsteilnehmer getötet. Es soll noch besonders darauf hingewiesen werden, daß

die Polizei zu dieser Zeit in keiner Weise von

der Menge angegriffen war bzw. in einer

bedrängten Lage

sich befunden hat. Die nun einsetzende Panik läßt sich nicht beschreiben. Die Massen drängten zu den Ausgängen. Die meisten der Ausgänge waren jedoch auf Veranlassung Biekers geschlossen worden.

Ein mörderisches Feuer wurde von den Schupo-

beamten auf die in völlige Verwirrung ver-

setzte Versammlung eröffnet.

Es dürften mindestens 40 bis 50 Schuß in die dichtgedrängte Masse gelaßt worden sein. Der Druck der Massen auf den einzigen freien Ausgang, den Bieker mit Wächter übrig gelassen hat, wie aus dem Bericht des Delonome Stadtrat Koch, welcher in der Presse veröffentlicht worden ist, einwandfrei hervorgeht, war derart, daß

das eigene Treppengeländer glatt abgebrochen

wurde und an die Hundert in die Tiefe stürzten. Viele Ver-

sammlungssteilnehmer, die im Saal noch keine Schußverletzung

erhalten haben, wurden durch den Sturz in die Tiefe schwer

verletzt.

Der Oberleutnant Bieker verhinderte noch lange Zeit den Abtransport der Verletzten. Er drohte den Arbeiterfamiliaren, trotzdem sie durch ein rotes Kreuz als Sanitätler kenntlich waren, sowie den besorgten Angehörigen der Toten und Verwundeten, mit Erschießen. Dadurch ist eine vielfach noch mögliche Rettung einiger Schwerverwundeten, die dann später gestorben sind, verhindert worden. — Die Leiden der Opfer des Ueberfalls wurden dadurch noch vergrößert.

Bieker hat das

Blutbad bewußt angezettelt,

indem er sich weigerte, daß durch die Versammlungsleitung die Versammlung gelöst und die Panik verhindert werden konnte. Bieker hat, ohne daß von der Versammlung aus ein Angriff auf ihn durchgeführt wurde, noch dem Schuß von Schulze von der Schutzpolizei Gebrauch gemacht. Nach seinem Schuß gab er den Befehl zur Entlohnung des Feuers. Erst dann wählten sich Versammlungsteilnehmer in Notwehr gegen den Ueberfall durch Benutzung von Revolvern, weil ein Ausweichen gegenüber dem Angriff der Schutzpolizei in dem Saal nicht anders möglich war.

Die Behauptung, aus der Versammlung sei

zuerst oder überhaupt geschossen worden, ist

erlogen;

insbesondere kann gegenüber den einmündigen Zeugen gar nicht die Rede sein, daß der erste Schuß von den Versammlungssteilnehmern abgegeben wurde. Der Schutzpolizeibeamte Willi Schulze ist mit entladenerem Revolver in der Hand schon zur Bühne vorgegangen und hat dann nach seinem schon vorher gefassten Entschluß den entscheidenden Schuß abgegeben. Die geschilderten Vorgänge werden durch folgende Tatsachen bestätigt:

1. Ich kein Schutzpolizeibeamter verumdet worden;

2. während die angeblichen Schießspuren neben und über der Bühne (Standort der Schupo) nicht von Schüssen her, sondern sind bei der Ausführung einer Filmvorführung vor einiger Zeit entstanden, wie dies durch Herrn Stadtrat Koch, den Delonome des „Volksparke“, einwandfrei bewiesen worden ist.

Damit erledigen sich auch die offiziellen Berichte der Polizei-behörde, deren Tendenz zur Entlastung der Schupo ganz offensichtlich ist. Sie können schon deshalb nicht als einwandfrei gelten, weil die Polizei an der Sache in außerordentlichem Maße beteiligt ist und alle Veranlassung hat, sich gegen eine Strafanzeige zu wehren.

Gegen Bieker ist deshalb die Anklage wegen Mord an Versammlungsteilnehmern, wegen vorläufiger Körperverletzung mit tödlichem Ausgang, wegen schwerer Körperverletzung und wegen schwerer Körperverletzung bei Ausübung seines Amtes einzustellen. Die Unterzeichneten halten die

sofortige Verhaftung des Oberleutnants Bieker

für unbedingte Notwendigkeit.

Oberleutnant Bieker hat den Befehl zum Feuern auf einen Schuß seines eigenen Beamten hin gegeben und war sich auch dessen sehr wohl bewußt. Die übrigen Polizeibeamten mußten ebenfalls geziehen haben, daß der Schuß von einem der Ihrigen ausgegangen ist. Dies geht aus daraus hervor, daß einige Beamte von ihrer Waffe nicht Gebrauch gemacht haben.

Aus diesem Grunde stellt der Feuerbefehl eine bewußte Ueberbreitung der Amtsbezugnis dar. Bieker hat hiermit Befehl zum Mord gegeben und die Beamten haben in Erkenntnis der Lage sich des Totschlages schuldig gemacht.

Weitere Beamte und sonstige Polizeigewalt, die uns mit Namen nicht bekannt sind, haben sich, ebenso wie Schulze und Bieker, an dem Mord beteiligt.

Der Polizeipräsident Runge

ist als verantwortlicher Leiter der Polizeiabteilung in den Angelegenheit zu verurteilen. Er hat, ohne daß irgendetwelcher rechtlicher Grund, wie schon anfangs angeführt, dafür vorlag, die Zusammenziehung von mehreren Ueberfallkommandos unter Leitung des Bieker angeordnet. Er hat ferner, trotzdem ihm die Auffassung des Bieker von den Wünschen eines Polizeioffiziers bekannt ist, und trotzdem ihm eine große Reihe nicht nur von Beschwerden, sondern auch von gerichtlichen Feststellungen über Bieker bekannt waren, diesen Beamten in seltener verantwortlichen Stellung belassen.

Nach der Tat hat der Polizeipräsident Runge den Bieker

und seine Abteilung in Schutz genommen,

indem er die Entlassung abgab, Bieker sei einer seiner pflicht-treuesten, besonnensten und tüchtigsten Beamten und er werde sein Vorgehen vollkommen. Runge bewußt dadurch, daß er auch in Zukunft gewillt ist, sein Amt weiter im bisherigen geschehriden Sinne auszuüben.

Beweismaterial

Zu allen aufgestellten Behauptungen sind eidesstattliche Versicherungen abgegeben. Im „Klassenkampf“ der letzten Tage sind eine Reihe dieser eidesstattlichen Versicherungen ohne Namensangabe veröffentlicht.

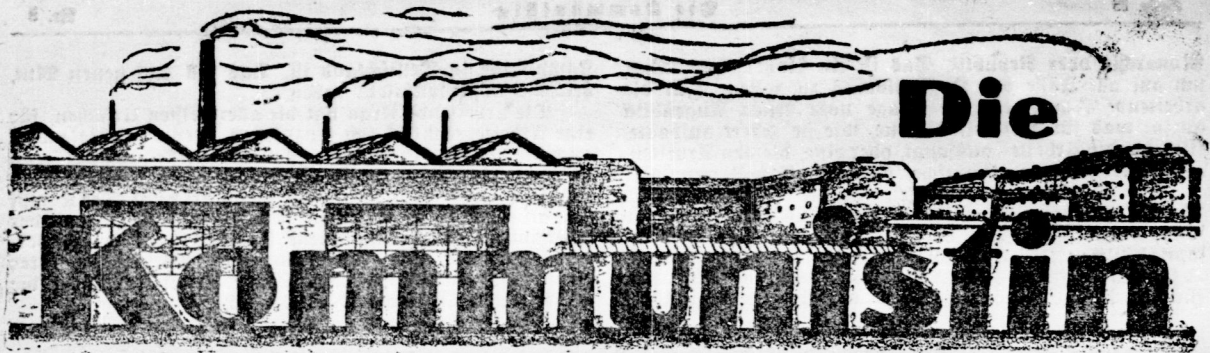
Dieses Beweismaterial mit voller Namensangabe der Zeugen werden wie gefordert der Staatsanwaltschaft ein-

reichen.

Wir fordern jedoch von der Staatsanwaltschaft, daß die Untersuchung nur gerichtlich und nicht politisch erfolgt. Wir erklären die gesamte haltsige Polizei für befangen und nehmen an, daß eine politische Untersuchung gleichbedeutend sein würde mit einer unzulässigen Beeinflussung der Zeugen und mit einer Verletzung der vorliegenden Tatsachen.

Die kommunistischen Reichs- und Landtagsabgeordneten des Wahlkreises Halle-Merseburg

Kurt Roltenbaum, Otto Allan, Hedwig Krüger, Max Labemann, Wilhelm Roenen, Gustav Renzel



Präsidentenwahl.

Als Ebert starb, fanden wir wahrlich keine Trauer unter den Arbeiterfrauen. Fragten wir sie, was sie sich denn dabei denken, so war die Antwort, die wir allgemein erhielten: „Aber was geht mich denn das an? Mag da oben sitzen, wer will, uns geht es immer gleich dreck!“ Wenn diese Antwort auch zeigt, wie wenig die Arbeiterfrauen diesen „Sohn des Volkes“ für den ibrigen hielten, so können wir uns mit dieser Erklärung doch nicht zufriedengeben. Denn für uns Arbeiter war es wahrlich nicht gleichgültig, wer „da oben“ saß. Jede Arbeiterfrau muß doch wissen, daß Fritz Ebert ein sozialdemokratischer Führer war. Und daß für alles, was in dieser „Ebert-Republik“ seit 6 Jahren geschah, diese Sozialdemokratie, die „da oben“ saß, verantwortlich ist. Die Zeitung hat schon vollkommen recht, die geschrieben hat, daß im Kopf der Arbeiter der Name „Ebert-Republik“ gleichbedeutend geworden ist mit Hunger und Elend, mit Arbeitermord und Zuchthaus-terror, mit dem Betrug und der Ausjaugung der Arbeiterklasse. Das haben wir Arbeiterfrauen nur allzu deutlich zu spüren bekommen.

Umso notwendiger ist es, daß wir das all denen, die sagen, es sei ihnen „gleich“, wer da oben sitzt, beibringen. Diesmal haben wir es verhältnismäßig leicht. Auch den Arbeiterinnen, die noch immer die Mottenpost oder ein ähnliches bürgerliches Zeug lesen, können wir leicht etwas darüber sagen, was sie verstehen. Sie sollen doch nur darüber nachdenken, wie es kommt, daß diese bürgerlichen Blätter, die doch immer die Interessen der Unternehmer wahrnehmen und auf die Arbeiter schimpfen, diesen Ebert über den grünen Klee gelobt haben. Haben sie etwa auch Lenin gelobt, als er starb, aus „ Ehrfurcht vor der Majestät des Todes?“ Oder haben sie anderen kommunistischen Führern gute Worte in das Grab gelegt, aus lauter „christlicher Pietät“? Wahrlich nicht. Mit Haß und Schimpf begleiteten die Bürgerlichen jeden wirklichen Arbeiterführer bis über das Grab hinaus. Und mit vollem Recht: denn wer ein wirklicher Helfer der Arbeiterschaft, der Ausgebeuteten ist, für den kann die Bourgeoisie nur Haß übrig haben.

Bei Ebert war's aber anders: ihn lobten sie. Denn er und seine Partei retteten die Geldschränke, die Banken und Fabriken und die Zuchthäuser vor dem Ansturm der Arbeiter. - Die Person Eberts könnte uns Arbeiterfrauen wirklich gleichgültig sein, wenn diese Person nicht der Ausdruck eines Systems gewesen wäre: des sozialdemokratischen Verrats an der Arbeiterklasse, der Nieder-

werfung und Knebelung der Werktätigen - eben der „Ebert-Republik“.

Warum wir das den Arbeiterfrauen eben jetzt sehr eindringlich sagen müssen? Weil wir doch wieder vor Wahlen stehen, die zeigen sollen, wieviele Millionen Werktätiger schon den bürgerlich-sozialdemokratischen Betrug durchschaut haben. Weil die Drahtzieher der „hohen Politik“ wieder ganz besonders auf die unaufgeklärten Frauenmassen als das willigste Stimmvieh rechnen. Kann diese Präsidentenwahl an der Lage der arbeitenden Frau unmittelbar etwas ändern? Nein. Die „demokratischen Wahlen“, die werden schon immer so gemacht, daß die Ausbeuter dabei gut abschneiden. Dafür sorgt vor allem die Sozialdemokratie. Wir müssen aber die arbeitende Frau in dieser Wahlkampagne aufklären, aufrütteln, ihr politisches Verständnis beibringen, ihr den Zusammenhang zwischen ihrem leeren Kochtopf und der „hohen Politik“ zeigen. Was wir in der Frauenwoche begonnen haben, müssen wir jetzt wochenlang fortsetzen.



Da werden verschiedene Kandidaten aufgestellt und angepriesen. Die Arbeiterfrau muß sich fragen, welchem sie ihre Stimme geben soll: die Kommunisten haben einen Arbeiterkandidaten aufgestellt. Die Sozialdemokraten, die schon bereit waren, gleich im ersten Wahlgang einen bürgerlichen Kandidaten, einen schwarzrotgoldenen „Republikaner“ aufzustellen, wurden dadurch gezwungen, auch ihrerseits einen „Arbeiterkandidaten“ zu präsentieren. Das ist für uns sehr gut. Natürlich ist der sozialdemokratische „Arbeiterkandidat“ genau so ein „Sohn des Volkes“, wie Ebert. Die Arbeiterfrau kann von ihm - wenn er gewählt wäre - genau soviel gutes erwarten, wie von Ebert. Aber der Witz ist eben, daß er gar nicht gewählt werden soll. Die Sozialdemokraten haben ihn garnicht mit dem Ziel aufgestellt, ihn wählen zu lassen, sondern nur, um Arbeiterstimmen auf ihn zu sammeln und im zweiten Wahlgang dann zu erklären, daß es eben nicht gelungen sei, deshalb müßten nun die Arbeiter für den bürgerlichen Kandidaten stimmen. Bei diesem Schwindel gilt es, die Sozialdemokraten zu fangen.

Dann werden sie den „republikanischen“ Kandidaten preisen gegen den schwarzweißroten Monarchisten der Rechten. Wir müssen aber die Arbeiterfrauen fragen, sie sollen uns doch auf ihr Ehrenwort sagen, ob es ihnen jetzt besser geht wie in der Monarchie, ob sie einen Unterschied gespürt haben. Die Frage wird garnicht so stehen:

Die Arbeiterfrau muß sich fragen, welchem sie ihre Stimme geben soll: die Kommunisten haben einen Arbeiterkandidaten aufgestellt. Die Sozialdemokraten, die schon bereit waren, gleich im ersten Wahlgang einen bürgerlichen Kandidaten, einen schwarzrotgoldenen „Republikaner“ aufzustellen, wurden dadurch gezwungen, auch ihrerseits einen „Arbeiterkandidaten“ zu präsentieren. Das ist für uns sehr gut. Natürlich ist der sozialdemokratische „Arbeiterkandidat“ genau so ein „Sohn des Volkes“, wie Ebert. Die Arbeiterfrau kann von ihm - wenn er gewählt wäre - genau soviel gutes erwarten, wie von Ebert. Aber der Witz ist eben, daß er gar nicht gewählt werden soll. Die Sozialdemokraten haben ihn garnicht mit dem Ziel aufgestellt, ihn wählen zu lassen, sondern nur, um Arbeiterstimmen auf ihn zu sammeln und im zweiten Wahlgang dann zu erklären, daß es eben nicht gelungen sei, deshalb müßten nun die Arbeiter für den bürgerlichen Kandidaten stimmen. Bei diesem Schwindel gilt es, die Sozialdemokraten zu fangen.



Monarchie oder Republik. Das ist ein bloßer Schwindel, um auf alle Fälle den Kapitalismus zu retten. Für die arbeitende Frau steht die Frage vom ersten Augenblick an so: was für Republik? Eine, wie sie Ebert aufbaute, eine, die die Arbeiter ausfaugt, oder eine, die den Arbeitenden hilft? Eine kapitalistische, oder eine Arbeiterrepublik?

Die Kommunisten kämpfen für die Arbeiterrepublik. Wer für den Arbeiterkandidaten der Kommunisten stimmen wird, der bezeugt daß er Schluß machen will mit der kapitalistischen Unterdrückung. Mit dieser Abstimmung ist es freilich noch nicht getan. Aber viele Millionen Stimmen für den Arbeiterkandidaten werden zeigen, wie groß der

Kampfwille in Deutschland ist. Das soll uns neuen Mut, neues Selbstbewußtsein geben.

Die arbeitende Frau hat die allermeisten Ursachen, für eine Arbeiterrepublik sich einzusetzen. Denn nur diese kann auch die vollständige Befreiung und Gleichstellung der Frau bringen. Nur in der russischen Arbeiterrepublik ist die Frau bisher wirklich frei und wirklich gleichberechtigt. Der Kampf der arbeitenden Frau gegen den Schandparagrafen der Abreibung, für die materielle Ermöglichung der Niederkunft, für die gute Ernährung und Versorgung ihrer Kinder, für menschenwürdige Löhne ist der Kampf um die Arbeiterrepublik, die das verwirklicht.

Vom Kampf der Arbeiterinnen.

Mutiger Kampf der Kannenwäscherinnen in der Meierei Volle (Berlin).

In der Meierei Volle, die Berlin täglich mit 150.000 Liter Milch versorgt, wurden kürzlich zwei Kannenwäscherinnen grundlos entlassen. Die übrigen 80 Kannenwäscherinnen wollten sich die Maßregelung ihrer Kolleginnen nicht gefallen lassen und forderten sofortige Zurücknahme der Entlassungen. Als diese Forderung von der Direktion einfach abgeschlagen wurde, traten sämtliche 80 Kannenwäscherinnen in den Streik. Die Firma erklärte nun kurzer Hand alle Kannenwäscherinnen für entlassen.

Am Abend nahm sofort eine Betriebsversammlung zu diesen Vorgängen Stellung. Bei der gesamten Belegschaft löste das Verhalten der Direktion ungeheure Erregung aus. Die gesamten Arbeiter und Angestellten schlossen sich dem Kampf der Kannenwäscherinnen um die Wiedereinstellung der beiden Kolleginnen an.

Die bürgerlichen Zeitungen stimmten ein großes Jammergeschrei darüber an, daß wegen „so ein paar lumpigen Eßfrauen“ jetzt mehr als ein Viertel des ganzen Berliner Milchbedarfs ungedeckt bliebe. Sie reden auch von den „armen Müttern und Säuglingen“, die jetzt ohne Milch sind.

Aber es liegt doch nur an den Unternehmern, den Streik so schnell wie möglich zu Ende kommen zu lassen! Sie brauchen ja nur dem Willen der Belegschaft Rechnung tragen und die beiden Kannenwäscherinnen und ihre Kolleginnen wieder einstellen! So ist ihr Jammergeschrei eitel Heuschreckel.

Übrigens hat während des Krieges und bei der Sabotage der Landwirte ja auch niemand danach gefragt, was aus Müttern und Säuglingen wurde.

Das mutige Vorgehen der Kannenwäscherinnen der Meierei Volle muß allen übrigen Arbeiterinnen vorbildlich sein. Es zeigt wie die Unternehmer gegen die Geschlossenheit und Solidarität der Arbeiterschaft doch nichts machen können.

Wenn eine Arbeiterin mal selbst vom Gericht Recht bekommt . . .

Einer Arbeiterin der Kammgarnspinnerei Mülhhausen in Thür. war, weil sie sich gegen eine unverschämte Selbstvisitation gewehrt hatte, von der Firma eine Strafe vom Lohn abgezogen worden. Die Arbeiterin strengte eine Klage an und die Firma wurde verurteilt, die als Strafe abgezogene Summe wieder zurückzahlen. Daraufhin teilt die Gesellschaft ihrem Mülhhauser Betrieb folgendes mit:

„Bez. Arbeitsgerichts Klage Nr. gegen die Kammgarnspinnerei Mülhhausen.“

Wir werden näher darauf zurückkommen, sobald uns das Urteil mit Gründen zugestellt worden ist und werden weiter durch Mithlungnahme mit den Arbeitgeber-Beisitzern erörtern, wie der Verlauf der Beratung und Urteilsfindung war. Vorweg möchten wir bemerken, daß wir schleunigst eine Festsetzungs Klage beim Landgericht anhängig machen werden, da das von uns vorgetragene Material so sehr zu unseren

Gunsten sprach, daß von einem objektiven Richter uns unser Recht bestimmt werden muß. Wir haben Mülhhausen angewiesen, an dem bisherigen Untersuchungsverfahren nichts zu ändern.“

Das heißt auf gut deutsch: Wir pfeifen auf den Urteilspruch! Durch ihre Beziehungen zum Gericht hofft die Firma, in der Festsetzungs Klage von einem „objektiven“ Richter Recht zu bekommen. Die Arbeiterinnen dürfen sich deshalb nicht auf die bürgerlichen Gerichte verlassen. Betrieb und Gewerkschaft müssen gegen solche unerhörte Behandlung der Arbeiterinnen mobilisiert werden.

Demonstration der Hallenser Arbeiterfrauen zum Internationalen Frauentag.

In allen größeren Orten haben die Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen während der Internationalen Trauerwoche im Versammlungen und Kundgebungen ihre Forderungen erhoben.

Besonders wichtig gestaltete sich die Kundgebung in Halle.

Am Sonntag, den 8. März versammelten sich Massen von Arbeiterfrauen im „Volkspark“. Nach einer kurzen Ansprache formierten sie sich zu einem wichtigen Demonstrationzug und zogen durch die Straßen von Halle. Um zu zeigen, daß sie zu der roten Front des Klassenbewußten Proletariats gehören, hatten die Frauen rote Kopftücher angelegt und sangen revolutionäre Lieder.

Die sozialdemokratische Presse hatte schon tagelang gegen die rote Frauendemonstration eine richtige Heßkampagne geführt. Als aber alles nichts half wurden den demonstrierenden Frauen mehrere kastantös Schupo entgegen geschickt. Aber die Arbeiterfrauen ließen sich auch dadurch ihre Kundgebung nicht stören, sondern führten sie diszipliniert durch.

Die Heße der Sozialdemokraten und der Bürgerlichen hat die Arbeiterfrauen von Halle nur in dem Bewußtsein gestärkt, daß sie sich noch enger und noch zahlreicher um die kommunistische Partei scharen müssen.

Versammlung der Heidelberger Arbeiterfrauen.

In Heidelberg fand gerade während der Internationalen Trauerwoche das Bezirks Bezirks Friedrich Eberts statt.

Trotz des großen Nummern, den die guten Heidelberger Arbeiterbewegungen veranstaltet hatten, zeigte eine Versammlung am 7. März, daß sich die Heidelberger Arbeiterfrauen bewußt sind, welche Bedeutung Fritz Ebert für sie hat. Immer wieder wurde in der Versammlung betont, daß die Arbeiterschaft kein Interesse daran haben kann, diesem Verräter nachzutruern, sondern daß wir gerade jetzt all der Schandtatzen bedenklich müssen, die Fritz Ebert am deutschen Proletariat begangen hat.

Die Versammlung wurde zu einem begeisterten Beschlusses für den revolutionären Klassenkampf. 14 Arbeiterfrauen beantragten am Schluß ihre Aufnahme in die kommunistische Partei.

Gefängnisordnung in den Betrieben.

„Arbeitsordnung“ einer Porzellanfabrik.

Eine beliebte Methode der Unternehmer ist heute, nicht durch offene Lohnherabsetzungen oder Arbeitszeitverlängerungen die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern sondern „von hinten herum“ zu versuchen, die Arbeiter und Arbeiterinnen mehr auszubeuten. Sie machen das geschieht durch sogenannte „Arbeitsordnungen“ mit ganzen Paragrafenstücken, die möglichst offiziell erscheinen sollen.

Wir veröffentlichten deshalb heute Auszüge aus der „Arbeitsordnung“ einer Porzellanfabrik in Tieszenfurt in Schlesien. Die Belegschaft dieses Betriebes erklärte sich mit dieser „Arbeitsordnung“ nicht einverstanden. Daraufhin wurden unwesentliche Veränderungen vorgenommen und das Ding den Betriebsräten vorgelegt. Auch die Betriebsräte verweigerten ihre Unterschrift. Trotzdem wurde dieses Nachwerk der Firma am 20. November 1924 vom Schlichtungsausschuß beantragt genehmigt. Am 17. Februar erhielt jeder Arbeiter und jede Arbeiterin ein Exemplar mit dem Bemerkten, es sich in der Mittagsstunde durchzulesen und dann die Unterschrift zu geben. Trotzdem sich wiederum ein großer Teil der Belegschaft weigerte, die Unterschrift zu geben, gilt jetzt diese „Arbeitsordnung“.

Gleich im zweiten Abschnitt finden wir unter „Beginn des Arbeitsverhältnisses“ folgende interessante Bestimmung:

„Arbeiterinnen, die vor noch nicht acht Wochen entlassen haben, müssen nachweisen, daß sie vor und nach ihrer Niederkunft im ganzen während acht Wochen nicht beschäftigt gewesen sind und daß seit ihrer Niederkunft wenigstens sechs Wochen verfloßen sind.“

Jeder wird zugeben, daß die oben angegebene Zeit mindestens für die Erholung einer Arbeiterin notwendig ist. Wir Kommunisten fordern ja auch daß die Frau acht Wochen vor und nach der Niederkunft unter Weiterzahlung des vollen Lohnes von der Arbeit befreit wird. Da sie heute aber einfach verrecken muß, wenn sie nicht arbeitet bedeutet der obige Paragraf der Arbeitsordnung der schwangeren und stillenden Mütter jede Mütterlichkeit nehmen, sich und ihr Kind zu ernähren. Die brutale Profitgier greift uns aus dieser Bestimmung entzogen!

Unter den Gründen, die zu einer „sofortigen Aufhebung des Arbeitsverhältnisses“ berechtigen, wird unter Punkt 7 genannt:

„Unbefugte Mitteilung an andere von Wahrnehmungen, die aus Anlaß des Arbeitsverhältnisses gemacht werden.“

Demnach ist also auch schon die Mitteilung dieser Arbeitsordnung strafbar! Ferner kann jede Arbeiterin, die über Verhältnisse im Betrieb an ihre Rettung berichtet, entlassen werden.

Ueber „Arbeitszeit“ lautet § 14 folgendermaßen:

„Nachgehend für den Beginn und Schluß der Arbeitszeit ist die Fabrikuhr; nach der die Zeichen zur Aufnahme und Beendigung der Arbeit gegeben werden. Die Arbeitnehmer haben so zeitig an der Arbeitstelle zu erscheinen, daß sie mit dem Signal ihre Arbeit aufnehmen. Die Arbeit darf nicht früher niedergelegt werden, als das Zeichen dazu gegeben ist. Das Nähere zum Verlassen der Arbeit vor diesem Zeichen, sowie ihre verspätete Aufnahme ist unzulässig.“

Aus einem späteren Paragrafen geht hervor, daß auch das Bearbeiten von Werkzeugen und Utensilien sowie ihre Säuberung nicht mehr als Arbeit gerechnet wird. Das ist in vielen anderen Betrieben auch der Fall. Die Arbeiterinnen müssen sich entscheiden gegen solche Auslegungen ihrer Arbeit.

Unter § 26 werden die Verbote aufgezählt. Verbieten ist u. a.:

„Jede politische und gewerkschaftliche Betätigung irgendeiner Art in den Fabrikräumen und dem Fabrikhofe, desgleichen das Einbringen von Unterschriften, von Beiträgen, das Verbreiten von Tractschriften, Handzetteln usw.“

Dieser Absatz verstößt direkt gegen das Koalitionsrecht (Kooalition - Vereinarbeit). Der Belegschaft soll jede Meistchheit genommen werden, sich zusammenzuschließen und gemeinsam vorzugehen. Auch diese Bestimmung brauchen sich die Arbeiterinnen nicht gefallen zu lassen.

Besonders interessant ist der § 33: „Hiernach können Geldstrafen, bei erheblichen Verstößen gegen die guten Sitten bis zum vollen Betrage des durchschnittlichen Tagesarbeitsverdienstes verhängt werden.“

Verstößt also eine Arbeiterin gegen die „guten Sitten“ (was der Unternehmer darunter versteht, ist ja seine Sache), so ist sie verpflichtet, eine volle Tagesarbeit umsonst zu leisten! Und diese wunderbare „Arbeitsordnung“ ist vom Schlichtungsausschuß beantragt in dem auch sogenannte „Arbeitnehmervertreter“ sitzen, genehmigt!

Diese „Arbeitnehmervertreter“ sind heute noch die sozialdemokratischen Gewerkschaftsleiter. Wie sie sich für die Interessen der Arbeiterinnen einsetzen, zeigt obige Arbeitsordnung. Zusammenschluß ist heute notwendiger denn je. Die Arbeiterinnen müssen in den Gewerkschaften gegen den Abschluß solcher „Arbeitsordnungen“ kämpfen, gegen jeden Verlust der Unternehmung, von hintenherum eine noch schärfere Ausbeutung einzuführen. Zugleich muß in jedem Betrieb gegen solche und ähnliche Methoden gekämpft werden. Die Arbeiterinnen dürfen es sich nicht gefallen lassen, daß sie auf diese Weise immer mehr zu willenlosen Arbeitstieren degradiert werden.

Auf Landagitation.

Eine Berliner Genossin schreibt uns:

Mit roten Kopftüchern geschmückt ging eine große Zahl Genossinnen aus dem 3. Bezirk mit auf die Landagitation nach Nowawes. Schon auf dem Bahnhof Gesundbrunnen gab es einen kleinen Zusammenstoß. Als der Beamte den Sowjetstern auf meinem Kopftuch erblickte, zögerte er mit der Herausgabe meiner Fahrkarte. Ich machte ihn darauf aufmerksam und gab ihm zu verstehen, daß vielleicht auch er in aller kürzester Zeit die Auswirkungen des Sachverständigenentzuges zu fühlen befähigt. Es gibt nämlich noch Menschen, die anscheinend schwer von Begriff sind.

An unserem Bestimmungsort begannen wir denn bald mit der Arbeit. Die Häuser waren bauällig und eng aneinandergereiht, so daß weder Licht noch Luft in die Wohnungen dringen konnte. Sogar unter den Dächern, die Regen und Sturm durch alle Lücken lassen sieht man Männer, Frauen und Kinder aus den Fenstern hängen (denn Fenster kann man das nicht nennen) durch die unsere Pieder zu ihnen gedrungen sind. Sie jubeln uns zu, denn sie alle haben begriffen gelernt, um was es jetzt geht.

Unabhängig streifen wir bei unserer Arbeit Charlottenburg. Welche ein Unterschied! Hier sieht man, wie die vollgehefteten Herrschaften in den Weinstuben herumsitzen und dann vergnügt im Auto nach Hause fahren.

Aber wir sollen noch nicht die schönsten Gegend gesehen haben. Unsere Mäde streifen den Nikolasee und den Wannsee. Welch herrliche Gärten und welche gesunde Wohnungen! Hier

wohnen die Richter- und Barnat-Konforten, die das werktätige Volk doch so betrogen haben!

In Nowawes machten wir halt. Hier begrüßten uns die dortigen Genossen und führten uns in die Lokale in denen das Material lagerte. Mit diesem gingen wir dann von Haus zu Haus um die Männer und Frauen von unseren Ideen zu überzeugen. Daß wir Erfolg hatten bewies die nachfolgende Demonstration nach Potsdam, an der sich große Massen beteiligten, um an unserer dortigen Kundgebung teilzunehmen. Es wurde uns immer klarer, daß wir noch viel mehr auf Land gehen und agitieren müssen. Die Massen auf dem Lande warten auf uns Kommunisten, daß wir ihnen Aufklärung bringen!

Eise Wagener.

Begrüßungstelegramm.

Die 6. Konferenz der Arbeiterinnen und Bäuerinnen des Gouvernements Rishon Gherod zender ihre besten Grüße der Führerin der internationalen Arbeiterinnen- und Bäuerinnenbewegung. Die Konferenz erklärt, daß nur unter der Führung der kommunistischen Parteien, im festen Bündnis der Arbeiter und Bauern und bei der aktiven Mitarbeit der Arbeiterinnen und Bäuerinnen der endgültige Sieg über das Kapital erkämpft werden kann. Dann erst werden auch die Frauen frei sein.

Es lebe das Bündnis der Arbeiterinnen und Bäuerinnen der ganzen Welt!

Das Präsidium der Konferenz.

Sind Arbeitsuchende auch Menschen?

Konstanz laufe ich schon umher, um Arbeit zu bekommen; nicht etwa aus Langeweile, oder weil ich im Hause nicht sein mag, o nein, ich habe im Hause genug zu tun. Aber weil der Verdienst meines Mannes so gering ist, daß er kaum für die Lebensmittel der Familie ausreicht! Wenn Miete oder Gasrechnung kommen, weiß man schon nicht mehr aus noch ein, an Ergänzung von Zeug und Stiefeln ist schon gar nicht zu denken. So hole ich mir denn jeden Mittag ein Arbeitsblatt, und laufe dann los, irgend etwas zu erwischen. Einmal hätte ich schon beinahe Glück gehabt. Ich stellte mich vor, und wir waren uns schon soweit einig geworden, daß ich wiederkommen sollte und mir Aufträge abholen. Voll froher Hoffnung ging ich zur verabredeten Zeit hin. Die Frau öfnete mir, und als ich sagte, daß ich käme um mir Arbeit abzuholen, meinte sie so recht von oben herab, das wäre hier wohl nicht richtig. Ich blieb dann um nicht ausbrinisch zu sein an der Haustür stehen, und sie sagte im Fortgehen, als sie merkte, daß ich noch immer draußen stand: „Ich will mal fragen“. Gleich darauf kam sie zurück mit dem kurzen Bescheid: „Mein Mann kann noch nichts darüber sagen, er schickt Ihnen schriftlichen Bescheid“. Ich wußte gleich an der Art der Antwort, daß dieser Bescheid nie kommen würde, und er ist auch nicht gekommen. Aber die Art und Weise, wie die Frau mich überhaupt abfertigte, war so verächtlich, als wenn Arbeitsuchende eine Schande wäre.

Ein andermal fuhr ich mit der Bahn um schnell zur Stelle zu sein; es fand kein Name an der Haustür, und ich mußte erst lange suchen, bis ich es fand. Dann wurde mir gesagt, der Herr sei nicht da, ich müsse wiederkommen. Abends wurde mir dann gesagt, der Herr wäre schon wieder fort, er hätte Sprechstunden von 9-11 und von 4-5 Uhr. Ich dachte, alle guten Dinge sind drei, und fuhr am nächsten Morgen wieder hin. Nun hatte ich das Glück den Herrn zu treffen. Als ich ihm sagte, ich käme wegen der Annonce, sagte er, die Stelle sei längst besetzt und eine Frau würde er überhaupt nicht einstellen. Er sagte dann, er suche auch noch eine Reisebabe, ob ich nicht Lust dazu hätte. Ich erkundigte mich nach dem Reiseartikel, und erfuhr, daß es Bücher waren, die das Stück 14 Mark kosteten. Ich zeigte ihm meine Verwunderung über den Preis. Er sagte, man müsse nur verstehen den Leuten das Buch anzustellen; 14 Mark wäre doch übrigens gar kein Geld, so viel verdiene doch jeder Mann, daß die Familie unabhängig davon leben könne. Darauf sagte ich ganz entrüstet, wenn das der Fall wäre, würden wohl nicht soviel Frauen nach Arbeit herumlaufen; und ich bedauerte dann dreimal hierher gefahren zu sein, und Zeit und Geld verschwendet zu haben, worauf er ganz höflich sagte: „Das werden Sie wohl noch oft müssen“.

„Nur die Arbeit kann uns retten“ heißt es immer, und wenn man Arbeit sucht, wird man behandelt wie ein Verbrecher, und wird noch dazu verhöhnt. Dürfen wir uns das noch länger gefallen lassen?

Arbeiter und Arbeiterinnen! Schließt euch zusammen in den Gewerkschaften und der Partei, der KPD, dann werden wir diese ganze Gesellschaft zum Teufel sagen. D. S.

Aus dem Orient.

Leben und Kampf der japanischen Arbeiterinnen.

Der Krieg hat auf alle Länder der Welt seine Auswirkung gehabt. Im Produktionsleben ist ein Umschwung eingetreten. Die Kapitalisten der ganzen Welt beilehen sich, die Wunden, die ihnen allen der Krieg geschlagen hat, zu heilen. Das können sie nur, wenn sie das Proletariat noch mehr als bisher ausbeuten.

Auch die Kapitalisten, die die Kolonialvölker des Orients unterjocht haben, nutzen die Erfahrungen ihrer europäischen Klassenbrüder aus.

Doch auch hier erzeugt Druck Gegendruck. Die nationale Befreiungsbewegung im Osten greift immer mehr um sich. Sie verliert aber immer mehr ihren Kleinbürgerlichen, nationalen Charakter. Im engsten Zusammenhang mit dem revolutionären Proletariat des Westens führen Proletarier im Orient ein Stück des gewaltigen Klassenkampfes zwischen Kapital und Arbeit.

Besonders die bisher am meisten unterdrückten Frauen schließen sich dieser Bewegung an. In Japan, in dem Lande, das bisher am meisten „kapitalisiert“ ist, beobachten wir eine starke Bewegung unter den Frauen. Deutlicher als sonstwo verflachten sich hier die mit dem Wachstum und der Entwicklung der Industrie zusammenhängenden Lebensföorderungen, die die Beteiligung der Frau an der Produktion bedingen und dadurch die Hebung ihrer sozialen Stellung fördern.

In welchem Maße die japanischen Proletarierinnen in die Arbeiterbewegung hineingezogen sind, kann man vor allem nach der ungeheuren Menge der Textilarbeiterinnenstreiks in den Jahren 1921 bis 1924 beurteilen, die besonders nach dem

lechten Erdbeben anschwellen. Bei diesen Streiks spielte die Frau eine ziemlich aktive Rolle. Im Jahre 1921 waren unter den Streikenden über 6000 Arbeiterinnen, im Jahre 1922 gegen 8000, in 1923 gegen 10 000 und im Dezember-Streik von nur drei Textilfabriken gegen 8000.

Da erst vor kurzem das Gesetz aufgehoben wurde, daß der japanischen Frau den Beitritt zu den Gewerkschaften, die Anwesenheit und das Auftreten auf politischen Versammlungen untersagte, so muß man annehmen, daß ihre Aktivität erst jetzt richtig zu wachsen beginnt. Die Fabrikgesetzgebung Japans gehört zu den rückständigsten Gesetzgebungen, die die zeitgenössischen kapitalistischen Länder besitzen, denn sie läßt die Möglichkeit zu, daß im Dorf fast 50 Prozent Arbeiterinnen, junge Mädchen, kontraktlich gebunden werden und laut Kontrakt verpflichtet sind, unter strenger Aufsicht der Betriebsverwaltung beim Betriebe zu leben. Sie schreibt ferner einen zwölfstündigen Arbeitstag in den Kohlenbergwerken und einen achtföhrigen Arbeitstag in den Gruben für die heranwachsende Jugend vor. Und da das die Arbeit schüßende Fabrikgesetz sich nicht auf Werkstätten mit 20 und weniger Arbeiter oder Arbeiterinnen erstreckt, da es die Gewerbe und Landwirtschaft nicht berührt, so ist es klar, wie eng ihre Einflußsphäre ist und wie weit das Feld der Billür des japanischen Kapitals in Japan ist. Bei der wachsenden Streikwelle in Japan spielt dieser Umstand keine geringe Rolle. Der weit unter dem männlichen Arbeitslohn stehende Arbeitslohn der Frauen, die drückenden Familienföten und die Tradition sind die Ursache davon, daß die japanischen Arbeiterinnen im gewerkschaftlichen Klassenkampf viel mehr revolutionäre Begeisterung an den Tag legen als die Arbeiter.

Während sie sich gewerkschaftlich organisieren, beginnen die zielbewußtesten von ihnen ihre Taktik mit der Taktik der Kommunistischen Partei in Einklang zu bringen (Verband der proletarischen Angestellten der Stadt Osaka, Angestelltengewerkschaft der Stadt Tokio, die unter dem Einfluß der kommunisti-

Zur Präsidentenwahl

gibt jede Arbeiterfrau ihre Stimme dem Arbeiterkandidaten

Ernst Thälmann!

chen Partei stehen) und sich an der Arbeit der revolutionären Organisationen zu beteiligen.

Die Bewegung für die Gleichberechtigung der Frauen, der Kampf für den Zutritt der Frauen zu den höchsten Staatsämtern und Hochschulen Japans nimmt ihren eigenen Weg ein wenig abseits von der breiten Massenbewegung der werktätigen Frauen. Aber da diese Bewegung vorläufig noch oppositioneller Natur ist und sich unter ihren Föhrern aktive Elemente befinden, so ist die Kommunistische Partei Japans bemüht, ihre Aktionen mit jenen in Einklang zu bringen und sie auszunutzen. So wird z. B. die Gesellschaft zur Verteidigung der Frauenrechte, die im Jahre 1918 gegründet wurde, einen eigenen Frauenklub in Tokio besitzt, Meetings zwecks Agitation der Ideen des Kampfes für die Gleichberechtigung der Frauen veranstaltet, von den japanischen revolutionären Organisationen unterstützt, die für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts in Japan kämpfen.

Ein Geschenk aus Rußland an die Thüringer Arbeiterinnen.

Russische Lederarbeiterinnen haben im Auftrage der Arbeiterinnen, Bäuerinnen und Hochländerinnen des Südober-Sowjet-Rußlands eine schöne Ledermappe angefertigt und sie als Beweis ihrer Solidarität an die Thüringer Arbeiterinnen gesandt.

In der Mappe befindet sich ein Schreiben, in dem es heißt: Wir wissen, wie Ihr Schwestern aus Thüringen, mutig in der ersten Reihe des revolutionären Proletariats Deutschlands gekämpft habt und wie Ihr durch die Sozialdemokraten verraten wurdet.

Ueber Berg und Tal, über Meer und Land reichen wir Euch die Hand. Fest vereint, Eure Technik mit unserer Erfahrung im Revolutionen vereinigend, werden wir unter der Fahne des Leninismus zum Siege kommen.